



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

An die Presse

70173 STUTTGART  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
Telefon (0711) 20 63-691  
Telefax (0711) 20 63-660  
boris.palmer@gruene.de  
www.boris-palmer.de

Stuttgart, den 29.10.2002

## **Zoff im Eigenheim der Koalition**

Grünenabgeordneter Boris Palmer kritisiert SPD-Kollegin Haller-Haid:  
Forderung nach Erhalt der Eigenheimzulage inhaltlich falsch und populistisch

Zwischen SPD und Grünen hat sich im Land ein Streit über die Reform der Eigenheimzulage entwickelt. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Wolfgang Drexler hat sich erst am Montag (28.10) mit einem Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) für den Erhalt dieser steuerlichen Förderung des Erwerbs privaten Wohneigentums eingesetzt und damit Kritik bei den Landtagsgrünen geerntet.

Auch im Wahlkreis Tübingen sind sich die Koalitionäre in dieser Frage nicht grün. Die SPD-Abgeordnete Rita Haller-Haid hatte am Freitag im Tagblatt gefordert: „Die Eigenheimförderung muss bleiben.“ Ihr Grünenkollege Boris Palmer verteidigt hingegen das Vorhaben der Regierung: „Wer weiter daran festhält, nach dem Gießkannenprinzip und ohne Blick auf die Bedürftigkeit Milliarden unter die Leute zu bringen, ruiniert den Staat. Es ist mir unbegreiflich, warum sich die SPD im Land zum Anwalt von Singles mit einem Jahreseinkommen über 35.000€ machen will.“

An Haller-Haids Argumentation lässt Palmer kein gutes Haar: „Inhaltlich völlig unhaltbar“. Nicht nachvollziehen kann Palmer, wieso Haller-Haid einerseits die Konzentration der Eigenheimförderung auf Familien mit Kindern gut heißt, andererseits aber behauptet, dieser „im Prinzip richtige Ansatz“ werde „ad absurdum geführt, wenn überhaupt nur noch Familien mit Kindern von der Neuregelung profitieren.“ Für Palmer klingt das sehr nach der Methode „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“ Jetzt fehle nur die Warnung: „Arbeiter wehrt euch, Hans Eichel und die Grünen wollen euch die Villa in der Toskana wegnehmen“.

Es sei ja schon richtig, so Palmer, dass in Tübingen und den anderen Universitätsstädten im Land Wohnraumangel herrscht. Der Erhalt der Eigenheimzulage sei aber denkbar ungeeignet, daran etwas zu ändern, sagt Palmer: Erstens hätte der Mangel gar nicht erst entstehen dürfen, wenn die Eigenheimzulage ihn lindern könnte. Zweitens wollten die wenigsten Studie-

renden gleich bauen oder kaufen. Da rede man besser über Wohnheimbau. Und drittens habe der Staat kein Geld für die notwendigen Aufgaben im Wohnungsbau, weil der Großteil der Ausgaben für die Eigenheimzulage völlig wirkungslos verpuffe.

Palmer: „Wegen Wohnungsmangel in Tübingen und Heidelberg kann man doch nicht bundesweit bei Wohnungsleerstand Neubaulagen zahlen. An eine besondere Eigenheimförderung des Bundes für Baden-Württemberg glaubt die Kollegin Haller-Haid aber wohl nicht im ernst.“

Palmer will vom Koalitionsvertrag nicht abrücken: „Die von der Koalition beschlossene Reform hat für eine zugleich alte und junge Stadt wie Tübingen vor allem Vorteile: Das alte Tübingen profitiert, weil die Bevorzugung von Neubauten bei der Eigenheimförderung aufhört. Das junge Tübingen profitiert, weil Familien mit Kindern Vorrang erhalten und im Haushalt Spielräume für Investitionen in der Zukunft entstehen. Nebenbei wird auch noch der Trend zur Zersiedelung verringert und die Umwelt geschützt.“

Bislang erhält man unabhängig von der Kinderzahl über acht Jahre eine Grundförderung von 2556€ für den Erwerb eine Neubauwohnung, die Hälfte für einen Altbau. Diese Förderung soll in Zukunft entfallen, dafür ist geplant, die Kinderzulage von 757€ auf 1200€ pro Kind und Jahr zu erhöhen.

Dem von Haller-Haid angeführten Problem des Wohnungsmangels in den teuren Städten in Baden-Württemberg, wollen die Grünen im Land mit einer speziellen Städteförderung begegnen: „Auf dem Land sind 20000 € Zuschuss für das Eigenheim schon die halbe Miete, in der Stadt ein Nasenwasser. Wir wollen deshalb eine Zulage für Eigentumbildung in den Städten von 300 €. Das ist vernünftiger und effektiver als alles zu lassen wie bisher.“

Darüber hinaus soll es für besonders energiesparende Bauweise oder Renovierung eine Ökzulage von 300 € geben. Nach acht Jahren – so lange läuft die Altförderung – erwarten die Grünen mit dieser Reform eine dauerhafte Entlastung des Bundeshaushalts um zwei Milliarden Euro jährlich. Im ersten Jahr werden die Einsparungen schon auf 331 Millionen € beziffert. Palmer: „Trotz dieser Einsparung im Bundeshaushalt erhalte eine Familie mit drei Kindern in Tübingen mehr Geld, wenn sie in einen energiesparend renovierten Altbau einzieht: Statt 3500 € nach der alten Regelung nun 3600 € Kinderförderung, 300 € Städtezuschlag und 300 € Ökzuschlag, zusammen also 4200 €.“

Nachteile verschweigen will Palmer nicht: „Natürlich gibt es auch Verlierer der Reform, aber die Ausgaben des Staates kürzen und niemand etwas wegnehmen, das geht nun mal nicht. Gerade große Familien haben derzeit die größten Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Singles und Kinderlosen Paaren zu nehmen, um den kinderreichen Familien zu geben ist einfach vernünftig.“

Für notwendig hält Palmer nur eine Klarstellung: „Der Vertrauensschutz muss gelten. Wer gerade in der Südstadt baut und seinen Finanzplan auf die Eigenheimzulage gegründet hat, darf nicht ins finanzielle Chaos gestürzt werden. Meine Fraktion wird deshalb in Berlin auf Übergangsregelung drängen. Wer dieses Jahr einen Kaufvertrag abgeschlossen oder andere bindende Verpflichtungen eingegangen ist, muss die alte Eigenheimzulage erhalten – unabhängig vom Datum des Einzugs.“

In der Summe ist Palmer sicher, mit den knappen Haushaltsmitteln so mehr zu erreichen als mit der alten Form der Eigenheimzulage, die durch Mitnahmeeffekte vor allem teuer sei aber wenig bringe. Als Zeuge zitiert er Finanzminister Hans Eichel in einem Spiegel-Gespräch:

*„Wollen Sie wirklich kritisieren, dass ich diese Subvention abbaue? Für die Eigenheimzulage geben wir zurzeit jedes Jahr zehn Milliarden Euro aus, obwohl der Wohnungsmarkt, vor allem in Ostdeutschland, durch Überkapazitäten gekennzeichnet ist. Wenn das keine krasse Fehlsubventionierung ist, dann weiß ich nicht, was ökonomischer Unsinn ist. Dagegen ist die Förderung des Steinkohlebergbaus harmlos.“*

„Das sich die Kollegin Haller-Haid im Geschwader mit der Führung Landes-SPD an der Demonstration des Finanzministers Hans Eichel beteiligt, ist höchst bedauerlich und kein Beweis finanzpolitischer Solidität. So viel Eigenständigkeit gegenüber Berlin hätte ich mir vor zwei Wochen gewünscht, als es um dubiose Kanzlerworte ging. Besser Obrigheim Abschalten als den Verstand!“